

Parlamentarischer NordSüdDialog

No. 36 / 2015



Inhalt

- 2 NordSüdDialog *FORUM* zu Sozialer Inklusion von Menschen mit Behinderung
- 4 Projektpartnerschaft: Delegationsbesuch des 2. stellvertretenden Parlamentspräsidenten Mosambiks
- 6 Engaging Men and Boys in International Cooperation
Tanya Charles, Policy Development and Advocacy Specialist, Sonke Gender Justice
- 8 Runder Tisch zu Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung
- 10 International Ombudsman Institute (IOI)
Günther Kräuter, Volksanwalt und Generalsekretär des International Ombudsman Institute
- 11 Literatur für Ihren Sommer
- 12 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Beim NordSüdDialog *FORUM* zu Sozialer Inklusion von Menschen mit Behinderung wurden Erfahrungen mit Vertretern des mosambikanischen Partnerparlaments und der Zivilgesellschaft ausgetauscht.

Foto: Kepplinger

Editorial



**Sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser!**

Soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung war das Thema des heurigen NordSüdDialog *FORUM* Anfang Juni im Parlament. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Behindertensprecher_innen aller Parlamentsparteien bedanken, dass sie sich so engagiert bei der Veranstaltung eingebracht haben. Laut Definition ist Soziale Inklusion dann verwirklicht, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben oder teilzunehmen. Dazu braucht es treibende Kräfte – „Agents of change“ – die ein Bewusstsein in der Gesellschaft schaffen und sich für Änderungen einsetzen. Mit unserer Veranstaltung wollten wir einen kleinen Beitrag dazu leisten.

„Agents of change“ sind auch Dean Peacock und Bafana Khumalo, die 2006 die südafrikanische NGO SONKE zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit gegründet haben. Mehr über ihre Arbeit und die Bedeutung der MenEngage Alliance finden Sie auf Seite 6/7. Auch Ombudsinstitutionen können und sollen treibende Kräfte dafür sein, mehr Gerechtigkeit für die Bürger_innen eines Landes zu gewährleisten, durch das Aufzeigen von Missständen in der öffentlichen Verwaltung und den Kampf gegen Machtmissbrauch und unfaire Behandlung. Das International Ombudsman Institute mit Sitz in Wien hat sich die weltweite Vernetzung aller Ombudsorganisationen zum Ziel gesetzt. Auch Kolleg_innen aus Afrika profitieren von den angebotenen Trainings und Seminaren.

Last but not least ... was wäre eine Juliausgabe unseres Newsletters ohne Empfehlungen für die Sommerlektüre. Ich hoffe, unsere Vorschläge treffen Ihren Geschmack und wünsche in diesem Sinne einen erholsamen Sommer!


Jutta Kepplinger

Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

NordSüdDialog *FORUM* zu Sozialer Inklusion von Menschen mit Behinderung

Das Ziel des Forums am 9. Juni 2015 war der Erfahrungsaustausch in Bezug auf die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Convention on the Rights of Persons with Disabilities – CRPD) und dessen Leitgedanken, der Sozialen Inklusion.

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Die Zahl der Menschen mit Behinderung liegt weltweit bei über einer Milliarde – rund 80 Prozent von ihnen leben im Globalen Süden. Armut und schlechte Lebens- und Versorgungsbedingungen tragen häufig zu einer Manifestation von Behinderung bei. Behinderung schafft aber auch Armut, denn die Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung, sich selber durch Arbeit zu versorgen, sind teils sehr gering.

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung wurde 2006 verabschiedet. In ihr wurde das offizielle Recht auf Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe, Chancengleichheit und Barrierefreiheit festgeschrieben. 2008 wurde die Konvention im österreichischen Nationalrat ratifiziert. Doch bei deren Umsetzung sind noch zahlreiche Herausforderungen zu überwinden, wie Parlamentsdirektor Dossi bei seiner Begrüßung betonte. Das Parlamentsgebäude entspricht derzeit nicht den Kriterien des barrierefreien Zugangs, dies muss bei der Sanierung in den kommenden Jahren bedacht werden. Inklusion darf sich aber nicht auf die physischen Aspekte beschränken, sondern muss auch die soziale Umwelt mit einbeziehen.

Soziale Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen,

unterliegt leider noch oft falschen Interpretationen in allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem in ihrer Abgrenzung zu Integration. Selbstbestimmtes Leben ist der fundamentale Grundsatz der UN Konvention. Dies heißt nicht, dass Menschen mit Behinderung alles selber machen möchten, sondern dass sie die gleichen Chancen und die gleiche Kontrolle über ihr Leben haben möchten wie Menschen ohne Behinderung, betonte Gabriele Weigt vom Verein *bezev* (Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.) in ihrer Keynote. Die Barrieren, die am häufigsten thematisiert werden beziehen sich auf Infrastruktur und Kommunikation. Wenig Forschung gibt es dagegen zu Kultur und Behinderung, d.h. inwiefern Verhaltensweisen und Einstellungen eine Ausgrenzung bzw. Inklusion beeinflussen. Dies ist v.a. in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit von Relevanz.

Rui Maquene und Jorge Manhique von der mosambikanischen Dachorganisation für Menschen mit Behinderung (FAMOD; Fórum das Associações Moçambicanas dos Deficientes) bemängeln nicht nur die unzureichende Datenlage in ihrem Land, sondern auch, dass die zuständigen Behörden keine genaue Vorstellung über das Ausmaß und die Auswirkungen von Behinderung haben. FAMOD versucht



Foto 1:
Der III Nationalrats-
präsident Hofer bei
der Eröffnung des
NordSüdDialog
FORUM



Foto 2:
Die Vertreter der
mosambikanischen
Zivilgesellschaft
(NGO FAMOD)
präsentieren ihren
Beitrag

in seinen Aktivitäten den Paradigmenwechsel hin zu mehr sozialer Inklusion herbeizuführen, scheitert aber oft auch an praktischen und alltäglichen Notwendigkeiten, zu denen Menschen mit Behinderung in Mosambik der Zugang fehlt. Wichtig sei vor allem auch die Inklusion von HIV-positiven Menschen.

Die gesetzlichen Grundlagen seien nicht das Problem in Mosambik bestätigte auch der 2. stellvertretende Parlamentspräsident, Younusse Amad. Es gibt eine große Kluft zwischen Gesetz und Praxis. Laut Artikel 125 der Verfassung genießen Menschen mit Behinderung sogar einen besonderen Schutz. Zudem wurde die CRPD ratifiziert und ein Nationaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung erstellt. Die Umsetzung aller Gesetze, Richtlinien und Maßnahmen ist jedoch mangelhaft. Die zuständigen Stellen kennen den Nationalen Aktionsplan oft gar nicht. Es gibt auch keine Kontrollmechanismen oder -organe, die einzelne Umsetzungsschritte monitoren. Zudem fehlt es an finanziellen und personellen Ressourcen.

In zwei Arbeitskreisen zu politischen Entscheidungsprozessen (Rolle von Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Organisationen) sowie zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätzen von Menschen mit Behinderung wurden wesentliche Fragestellungen intensiv diskutiert. Die Ergebnisse des NordSüdDialog *FORUMs* werden in einer eigenen Publikation zusammen gefasst.



Foto 3:
Arbeit im Arbeits-
kreis 1 zu politi-
schen Entscheidungsprozessen;
die Rolle von Par-
lamenten und zivil-
gesellschaftlichen
Organisationen zur
Förderung von
Sozialer Inklusion



Foto 4:
Das Abschlusspa-
nel, u. a. mit den
Rapporteur_innen
aus den Arbeits-
kreisen

Fotos: Bildagentur
ZOLLES/GODANY

In seinen Schlussworten unterstrich Abg.z.NR Franz-Joseph Huainigg den gelungenen Dialog mit dem Partnerparlament Mosambik, um das Thema Menschen mit Behinderung in der Entwick-

lungszusammenarbeit präsent zu machen. Die Zielsetzungen der Umsetzung der CRPD sowie der SDGs (Sustainable Development Goals) verbinden über alle Länder hinweg.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Delegationsbesuch des 2. stellvertretenden Parlaments- präsidenten Mosambiks*

Jutta Kepplinger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Im Rahmen der Teilnahme am NordSüdDialog *FORUM* zu Sozialer Inklusion von Menschen mit Behinderung traf Hon. Younusse Amad, 2. stellvertr. Parlamentspräsident des mosambikanischen Partnerparlaments, zahlreiche politische Entscheidungsträger_innen sowie Vertreter_innen österreichischer Ministerien und NGOs.

Hon. Younusse Amad ist seit März 2015 als Abgeordneter der Oppositionspartei RENAMO im mosambikanischen Parlament und wurde mit Beginn der Legislaturperiode auch zum 2. stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt. Für ihn ist Mosambik ein an Rohstoffen und Humankapital reiches Land, das sein Potential derzeit nicht ausschöpft und sich zu wenig auf seine Stärken besinnt. Er sieht es als Abgeordneter als seine Pflicht, die Entwicklung seines Landes zu fördern und die Menschen Mosambiks zu unterstützen.

Seit einem Verkehrsunfall in seiner Jugend ist er selber im Rollstuhl und möchte seine neue Position entsprechend nutzen, um die Lage von Menschen mit Behinderung in Mosambik

zu verbessern. Abg. Amad sieht hier noch sehr viel Handlungsbedarf in Bezug auf die Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Vorgaben und internationaler Vereinbarungen, wie der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die Mosambik 2012 unterzeichnet hat. Wie er in vielen Gesprächen betonte, ist Mosambik, was die gesetzliche Situation zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung betrifft, bestens gerüstet und steht auch keinem europäischen Land nach, jedoch werden die Gesetze und Konventionen nicht ausreichend angewandt oder implementiert. Als Beispiel führte er an, dass es in Maputo keine barrierefreien öffentlichen Gebäude gibt, obwohl schon seit längerer Zeit die Pflicht besteht, bei Neubauten darauf zu ach-

ten. Die mangelnde Umsetzung führt bei den Betroffenen zu Problemen im alltäglichen Leben, in der gesundheitlichen Betreuung, der sozialen Teilhabe und der beruflichen Eingliederung.

Der Austausch mit österreichischen Expert_innen zu unterschiedlichen Themenbereichen in Bezug auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung war für Amad sehr bereichernd. Im Gespräch mit den Behindertensprecher_innen der einzelnen Parlamentsfraktionen zeigte er sich begeistert, dass er in Österreich ohne Probleme öffentliche Verkehrsmittel benutzen kann. Auch die Möglichkeit, sich im Parlament frei zu bewegen, beeindruckte ihn. Das mosambikanische Parlament ist nicht barrierefrei, was ihn und sein Team jeden Tag vor große Herausforderungen stellt.

Bei einem Treffen mit Alfred Weber, Hansjörg Hofer und Günther Schuster (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) lernte Amad u. a. das österreichische Modell der Beschäftigungspflicht laut Behinderteneinstellungsgesetz kennen, aber auch Maßnahmen und Einrichtungen zur Ausbildung von Menschen mit Behinderung. Diese gesetzlichen Vorschriften und ihre jeweiligen Umsetzungsschritte dokumentieren den politischen Willen, der für Veränderungen notwendig ist, aber laut Hon. Amad in Mosambik nicht ausreicht. Bereits 2014 hätte der Länderbericht über die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorgelegt werden sollen. Dies ist bis dato immer noch

Foto links:
Younusse Amad,
2. stellvertretender
Präsident des
mosambikanischen
Parlaments



Foto rechts:
Treffen mit Vertre-
tern des Bundes-
ministeriums für
Arbeit, Soziales
und Konsumenten-
schutz



* Der Artikel bezieht sich auf persönliche Teilnahme der Autorin am Besuchsprogramm und ein Interview mit Hon. Younusse Amad während seines Besuchs.



Besuch des Rehabilitationszentrums „Weißer Hof“ in Klosterneuburg

nicht passiert. Selbst der von NGOs erarbeitete Schattenbericht wurde nicht veröffentlicht. Es wurde – wie auch im Gespräch mit den Behindertensprecher_innen – daher intensiv die Frage der Berichtslegung und Kontrolle von Implementierungsschritten diskutiert.

Besonders beeindruckt zeigte sich Herr Abg. Amad vom Rehabilitationszentrum „Weißer Hof“ in Klosterneuburg, das von der Delegation besucht wurde. In ganz Mosambik gibt es keine einzige auch nur ähnliche Einrichtung. In sehr intensiven Gesprächen mit der Geschäftsleitung holte er sich Basisinformationen, was es braucht, um ein solches Zentrum zu errichten. Auch hier stellte sich wieder heraus, dass die rechtliche Situation zur Finanzierung von Rehabilitation nach einem Arbeitsunfall in Mosambik ähnlich wie in Österreich ist, allein die Anwendung der Gesetze bzw. die Implementierung nicht gegeben ist. Hinzu kommt, dass sehr viele Menschen im informellen Sektor beschäftigt sind und somit die Gesetzgebung nicht zu tragen kommt.

Bei allen Treffen waren auch Rui Maquene und Jorge Manhique von der mosambikanischen Dachorganisation für Menschen mit Behinderung (FAMOD; Fórum das Associações Moçambicanas dos Deficientes) als Vertreter der mosambikanischen Zivilgesellschaft anwesend. Parlamentspräsident Amad betonte mehrmals die Bedeutung einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und Vertreter_innen

der Zivilgesellschaft, um das Thema der Sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderung voran zu treiben. Mit „Licht für die Welt“ gab es ein Treffen mit einer österreichischen NGO, die auch in Mosambik zahlreiche Projekte durchführt.

In einem Gespräch mit dem Geschäftsführer der ADA (Austrian Development Agency), Martin Ledolter, wurden u. a. die politische Situation in Mosambik sowie Möglichkeiten der Unterstützung erörtert.

Hon. Amad wünscht sich seitens europäischer Geber die Beibehaltung der Menschenrechtskriterien bei der Auswahl und Durchführung von Programmen und Projekten, schlägt aber auch ein reformiertes Kontrollsystem vor, bei dem sich die Partner intensiver und über das übliche Berichtswesen hinaus mit Fortschritten und Herausforderungen vor Ort vertraut machen. Er sieht es als wichtig an, dass die europäischen Partner sich in regelmäßigen Abständen persönlich ein Bild von der Situation vor Ort machen und die Fortschritte kritisch hinterfragen.

In Bezug auf die Projektpartnerschaft und das mosambikanische Parlament an sich bemerkte Amad, dass er die Partnerschaft als sehr bereichernd empfindet. Gerade für neu gewählte Abgeordnete ist der Aufbau von Wissen und Erfahrung durch internationalen Austausch sehr wichtig. Auch die Mitarbeiter_innen des Parlaments profitieren



Hon. Amad mit dem Geschäftsführer der ADA, Martin Ledolter



Gespräch mit Licht für die Welt
Fotos: Kepplinger, Amad

davon. Als Mitglied der Comissão Permanente (Hauptausschusses) des mosambikanischen Parlaments ist er auch an der Diskussion um die Gestaltung des in Rahmen der Partnerschaft mit Österreich erarbeiteten „Tag der offenen Tür“ beteiligt und freut sich auf die Umsetzung.

Engaging Men and Boys in International Cooperation

Tanya Charles, Policy Development and Advocacy Specialist, Sonke Gender Justice

Over the last twenty years, there has been increasing acknowledgement that to achieve gender equality, men and boys need to be engaged in efforts that address the gender norms, power relations, structures and systems which maintain inequalities between and among men and women. This perspective was explicitly voiced by activists at the Beijing Conference in 1995, and the Conference on Population and Development (ICPD) which preceded it in Cairo in 1994. Since then, there have been many more conferences, meetings and other platforms focused on addressing the role of men and boys in ending gender injustice. While policy-makers, governments and civil society have rightly prioritized women's empowerment and the development of programmes to address their vulnerabilities and needs, it has become apparent that reaching full equality needs us to view men as part of the solution and not just the problem.

Engaging men and boys means using multiple strategies; Sonke's Theory of Change



www.genderjustice.org.za/about-us/vision-mission

Seeing men as agents of change

Since 2006, Sonke Gender Justice (Sonke) has been working to put in practice the idea that men can be agents of change and not only obstacles to gender transformation. Founded by Dean Peacock and Bafana Khumalo in 2006, Sonke is a South African NGO working to promote gender transformation, human rights, and social justice across Africa and internationally. Sonke has been implementing a number of advocacy campaigns with male engagement as a core strategy. For example, its flagship campaign, the One Man Can (OMC), has been one of its most successful approaches to changing men's attitudes and behaviours so that they emerge as advocates for gender equality, are able to promote and sustain change in their personal lives, and challenge the gender norms driving the rapid spread of HIV and high levels of gender-based violence.

Up-scaling work

While Sonke continues to facilitate change at individual and community levels through workshops and trainings, there has been recognition that more wide-scale change needs to take place if gender equality is to be achieved sooner. Executive Director D. Peacock, explains:

“We realised that we also need to target people who really shape social norms and who affect resource allocation. These people are sitting in the private sector, in government and in the media. And you don't have an impact on them by only doing things at the grassroots level.”

With this awareness, Sonke has worked to shift national, regional and even international legislation in health and gender legislation so that it includes a focus on men and boys, most importantly in the area of HIV and AIDS. In South Africa, Sonke was successful in collaborating with the government to ensure the National Strategic Plan on HIV, STIs (Sexually transmitted infections) and tuberculosis dealt with challenges related to men and HIV.

What about private institutions?

Beyond working with governments and UN agencies to produce more gender transformative policies and laws, there is a need to hold other institutions to account. Private or corporate institutions, and especially the labour market, are also drivers of gender inequality. Little attention has been paid to how economic growth and profit are reliant on the gendered division of labour, with women receiving little to no compensation for the work they perform in formal or informal economies.

Confronting these exploitative industries is an important step in achieving social justice and gender equality. For this reason, Sonke has included a focus on the private sector and women's rights in its advocacy initiatives, and will this year embark on a ground-breaking lawsuit focused on South Africa's entire gold mining industry. The litigation is based on how the gold mining industry has displaced its responsibility for taking care of sick miners who suffer from silicosis¹. Often, this means that women and girls have to care for dying men (husbands, brothers, sons or other relatives), thereby missing out on opportunities for paid work, seeking education and at cost to their overall wellbeing.

¹ Lung disease caused by inhaling the dangerous silica dust that is produced during the gold mining process

The global state of engaging men and boys

Sonke does not do this work alone but in partnership with a number of social justice and women's rights organisations that share the same mandate. Today, there are many organisations throughout the world that include male engagement as part of, if not a key area, of their programming. Many of these organisations are members of the global MenEngage Alliance (www.menengage.org), whose formation is "... a manifestation of the increased attention and efforts toward engaging men and boys in gender equality"².

The Alliance was formed in 2006 and is comprised of over 600 NGOs with coordinators in six regions of the world (Africa, South Asia, Caribbean, Europe, Latin America, Middle East and North Africa, and North America) and includes partners like UN Women and UNFPA at the global level. In 2009, the MenEngage Alliance organized the first 'Global Symposium on Engaging Men and Boys in Gender Equality' in Rio de Janeiro, Brazil. The second one was held in New Delhi, India, in 2014 and both had the aim of finding ways to engage men and boys for gender equality so that society becomes more caring and non-violent and gender relations become more harmonious.

The MenEngage Alliance, and the organisations that comprise it, are an important

movement advocating for male engagement in gender equality. This is crucial because there are other organisations, individuals and institutions that are pushing against gender transformation and women's empowerment and thus are the antithesis of what it means to engage men and boys for gender justice. They promote traditional and harmful notions of masculinity using political language of nationalism and/or conservative recasting of religion, culture and tradition to assert their views, often in a bid to detract from broader economic and social crisis caused by poor governance. It is therefore crucial that activists and organizations working with men and boys stand firmly against these discourses, and work closely with feminist and women's rights, and other social justice movements, as a collective force working to bring about gender justice.

Parliamentarians certainly have a key role to play in work focused on engaging men and boys for gender justice. Some key recommendations:

Recommendation 1: Promote male engagement in policies and in government spaces. This includes developing, implementing and monitoring policies to engage men and boys in gender equality, and build state capacity to implement them.

Recommendation 2: Provide and support spaces for discussion, collaboration



and partnership between gender and social justice movements. This is very important for shifting the stereotypical understanding of men's role within gender equality work and forging partnerships between organisations that are doing the work, women's rights movements and government.

Recommendation 3: Motivate for and support budget allocation to address gender inequality and women's empowerment. This includes motivating for more money so that work on women's empowerment and male engagement is adequately and separately resourced.

Tanya Charles at the Peking+20 Conference at the Federal Ministry of Education and Women's Affairs in Vienna (Konferenz Frauenrechte und Gleichstellung am 9. und 10. Juni 2015 im BM für Bildung und Frauen).

Foto: BKA – Bundespressedienst Regina Aigner

² MenEngage Alliance, 2014. "Men, masculinities and changing power: a discussion paper on engaging men in gender equality from Beijing 1995 to 2015". Available at www.unfpa.org/sites/default/files/resource-pdf/Men-Masculinities-and-Changing-Power-MenEngage-2014.pdf

Kurz notiert

Im Rahmen eines Besuchs der Vorsitzenden des Exekutivkomitees von AWEPA International, Minister of State Ms. Miet Smet, wurde u. a. auch eine AWEPA Sitzung im österreichischen Parlament abgehalten. Ms. Smet erläuterte in der Sitzung den anwesenden Mitgliedern der AWEPA Sektion Österreich die Struktur und die laufenden Programme von AWEPA, sowie zukünftige Planung und Überlegungen seitens der Assoziation.

In den vergangenen 30 Jahren ist es zu zahlreichen positiven Veränderungen in Bezug auf Demokratisierung in afrikanischen Ländern gekommen. Dennoch gibt es noch viele Aspekte, in denen die Programme und Kooperationen von AWEPA mit den jeweiligen Partnern die parlamentarische Demokratie stärken und festigen, so Smet. In dieser Hinsicht hofft sie auf aktive Unterstützung und Zusammenarbeit vieler Parlamentarier_innen aus Afrika und Europa.



AWEPA Mitglieder und Abgeordnete zum NR Windbüchler-Souschill, Pirkhuber, Bayr, Kucharowits (nicht im Bild aber bei der Sitzung: Huainigg, Hübner, Muttonen), Miet Smet (3.v.l.), Inge Jäger (2.v.r.)

Foto: Windbüchler-Souschill

Runder Tisch zu Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung

Nadja Schuster, Parlamentarischer NordSüdDialog

Der Runde Tisch zu Policy Coherence for Development (PCD) als gesamtstaatliche Aufgabe – die Rolle des Parlaments, der auf Einladung des Parlamentarischen NordSüdDialogs am 7. Mai im Parlament stattfand, bot Abgeordneten, parlamentarischen Mitarbeiter_innen und NGO-Vertreter_innen die Möglichkeit, über die Rolle des österreichischen Parlaments und Verbesserungsvorschläge für die Umsetzung von PCD in Österreich zu diskutieren, sowie von dem erfolgreichen Umsetzungsmodell in Finnland zu lernen. Zusätzlich fand am 6. Mai eine Sitzung der Interministeriellen Arbeitsgruppe Kohärenz statt.

Durch die neue, universell gültige Post-2015 Entwicklungsagenda sind alle

Staaten aufgefordert, PCD auf nationalstaatlicher Ebene politisch und institutionell umzusetzen. Angesichts der starken Fragmentierung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und des Fehlens eines Organs mit „Schiedsrichterfunktion“ (policy arbitration) auf hoher politischer Ebene ist Österreich nicht darauf vorbereitet. Das Development Assistance Committee der OECD empfiehlt im kürzlich erschienen österreichischen Peer Review 2015 eine klare Kohärenzstrategie, Mechanismen und Instrumente für Monitoring und Berichterstattung zu entwickeln, die personellen Ressourcen im BMEIA auf zu stocken, das Kohärenzbewusstsein innerhalb der Regierung zu erhöhen und auf die, in den NGOs und Think Tanks vorhandene, Expertise zurück zu greifen.

PCD beschäftigt sich mit der Frage welche Auswirkungen Politikbereiche wie Handel, Umwelt, Agrarwirtschaft, Fischerei, Migration und illegale Finanzströme auf Entwicklungen im Süden und Osten haben und wird daher auch als **beyond aid Ansatz** bezeichnet. Entscheidend dabei ist, dass PCD eine viel größere Breitenwirksamkeit als die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit hat. Für die Umsetzung ist die Unterscheidung von **fünf Dimensionen** (internal, intra-country, inter-donor, donor-recipient und multistakeholder coherence) und **vier Implementierungszyklen** (politische Verpflichtung und gesetzliche Verankerung, Implementierung und Koordinierung, Monitoring und Evaluierung, Politikstrategieanalyse und Wissensmanagement) notwendig. Anhand dieser Dimensionen wird aber auch klar, und das ist wichtig für das Verständnis, dass PCD kein vollständig erreichbares Ziel, sondern ein Prozess kontinuierlicher und sukzessiver Annäherung an Entwicklungsziele

ist – im Sinne eines Minimierens von negativen Auswirkungen und eines Maximierens von Synergien. Ein ganz zentraler Punkt, der auch in Zeiten der Rezession und Austeritätspolitik für mehr Politikkohärenz spricht, ist die **Resilienzfunktion** oder **Widerstandsfähigkeit**. Politikkohärenz trägt nicht nur zur Synergienbildung, sondern auch zur Nutzenmaximierung und Kosteneffizienz bei. Ziele werden abgestimmt, Ressourcen gezielt eingesetzt und somit auch die politische Glaubwürdigkeit erhöht. Deshalb spricht eine niedrige Dotierung der ODA, wie es in Österreich der Fall ist, umso mehr für eine höhere politische Verpflichtung zu Politikkohärenz. Positiv zu erwähnen gilt, dass in dem neuen 3-Jahresprogramm der Versuch unternommen wurde, einen stärkeren PCD-Ansatz zu verfolgen, ob das gelungen ist wird sich im finalen Entwurf und nicht zuletzt in der praktischen Umsetzung zeigen – bis dato fehlen konkrete Kohärenzziele, Maßnahmen und Handlungsanweisungen.

Aus den empirischen Studien, die in Österreich durchgeführt wurden¹ und den letzten OECD DAC Peer Reviews lassen sich zentrale Empfehlungen ableiten:

- Erarbeitung und Implementierung einer gesamtstaatlichen, ministerienübergreifenden (whole-of-government) Strategie, die durch eine Strukturreform des ODA-Systems umgesetzt werden müsste;
- Erhöhung des politischen Willens durch die Veröffentlichung eines Aktionsplans mit Zeitangaben und die Übernahme des Leadership durch den Außenminister;
- Aufstockung der finanziellen und personellen Ressourcen für die Umsetzung, die Analyse, das Monitoring und die Evaluierung;

Foto 1:
Teilnehmer_innen
des Runden
Tisches

Foto 2:
Abg.z.NR Nikolaus
Berlakovich und
Manfred Schnitzer
(BMEIA)

Foto 3:
Sophie Veßel
(AG GV), Michael
Obrovsky (ÖFSE),
Laurence Hengl
(ADA)



d) Beauftragung von NGOs und Forschungseinrichtungen im Norden und im Süden mit Wirkungsstudien, Politikstrategieanalysen und Monitoring.

Raili Lahnalampi, Koordinatorin des außenpolitischen Komitees im finnischen Parlament, berichtet, dass in Finnland sowohl im Parlament als auch auf der Ebene der höchsten politischen Entscheidungsträger_innen der Zusammenhang der Handels-, Migrations- und Sicherheitspolitik mit der Entwicklungspolitik erkannt wird. Beispielsweise betont der Finanzminister die Wechselwirkung zwischen Steuern, Ressourcenmobilisierung und Entwicklung. Finnland hat als Themenschwerpunkt Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern gewählt und das OECD Policy Framework for Development in enger Zusammenarbeit mit Tansania getestet. Für die parlamentarische Arbeit ist das **uneingeschränkte Recht, Informationen einzufordern**, ein entscheidender Faktor um PCD voran zu bringen. Im finnischen Parlament tagt der außenpolitische Ausschuss z.T. vier Mal wöchentlich, während er in Österreich durchschnittlich drei bis vier Mal im Jahr einberufen wird.

Aber auch auf EU-Ebene ist Finnland sehr engagiert, indem es Politikkohärenz in den Ratssitzungen und Expert Meetings aufgreift. Auf die Initiative Finnlands wurden die PCD Prioritäten (Handel und Finanzen, Klimawandel, Migration, Sicherheit und Ernährungssicherheit) in den Rat für Auswärtige Angelegenheiten eingebracht. Die Minister_innen müssen dem außenpolitischen Komitee im Parlament vor und nach den EU-Meetings (i.e. Committee on EU's Trade and Development Policies) Bericht erstatten. Finnland setzt sich vor allem für eine verbesserte Ressourcenmobilisierung durch Steuern, die Vermeidung illegaler Finanzströme und bessere Rohstoffträge für Entwicklungsländer ein, die entscheidend für die Umsetzung der Post-2015 Entwicklungsagenda sein werden. Durch die starke Einbeziehung von Forschungseinrichtungen und NGOs wird **PCD als Multistakeholder-Prozess** begriffen. Dies spiegelt sich im Deve-

lopment Policy Committee mit keinem geringerem als dem Premierminister als Vorsitzenden und im Sustainable Development Committee wieder.

Als Inkohärenz-Fallbeispiel greift Brigitte Reisenberger von FIAN das Schweizer Bioenergieunternehmen ADDAX in Sierra Leone auf, durch welches das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser verletzt und somit die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung gefährdet wird. Hier werden umweltpolitische Zielsetzungen auf Kosten der Ernährungssicherheit ausgetragen und Österreich ist dafür mitverantwortlich. Die österreichische Entwicklungsbank hat einen Kredit an den Emerging Africa Infrastructure Fund (EIAF) vergeben, der das Unternehmen kofinanziert. Reisenberger appelliert an die Verantwortung Österreichs, die in den Maastrichter Prinzipien der extraterritorialen Menschenrechtspflichten (Extraterritorial Obligations, ETOs) verankert ist und an die Einhaltung von entwicklungspolitischen Grundprinzipien (Armutreduktion, Menschenrechtsansatz)².

Abschließend stellt Michael Obrovsky (ÖFSE) zentrale Ergebnisse aus der ÖFSE Studie „Politikkohärenz durch



Foto 4:
 Die finnische PCD-Expertin Raili Lahnalampi
 Fotos: Kepplinger

Kohärenzpolitik!“ (2011) vor. Die politische Verpflichtung soll sich durch alle Strategien und Programme ziehen. Ebenso wären eine Stärkung der internen Politikkohärenz in den Ministerien und der Entwicklungspolitik im BMEIA sowie die Berichtspflicht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Kohärenz wichtige erste Maßnahmen. Ein Verwaltungsprinzip **weg vom Zuständigkeitsdenken hin zu einer Kooperationskultur** wäre wünschenswert. Laut Obrovsky werden die globalen Herausforderungen die Entwicklungspolitik nachhaltig verändern und die österreichische Bundesregierung ist darauf institutionell schlecht vorbereitet. Aufgrund dessen ist eine Neustrukturierung der Entwicklungspolitik erforderlich, wofür es grundsätzlich vier strategische Optionen gibt, die in der Grafik dargestellt sind.

		Entwicklungspolitik	
		eng	breit
Eigenes Ministerium	nein	A BMeiA Sektion VII	B Dezentrale Bearbeitung durch Fachressorts Koordinationskompetenz BKA oder BMeiA
	ja	C Entwicklungsministerium für Entwicklungspolitik und EZA	D Ministerium für Globale Entwicklung

Während die Optionen A und B lediglich eine verbesserte Koordinierung der EZA bei gleichzeitigem Fortbestehen des institutionellen Status Quo bedeuten würden, wären C und D eine deutliche politisch-institutionelle Aufwertung. Insbesondere die Option D würde der österreichischen Verpflichtung zu PCD, internationaler Solidarität und kollektiver Verantwortung sowie der Umsetzung der neuen Entwicklungsagenda Rechnung tragen. Quelle: Obrovsky & Schlögl 2011

1 Schuster, Nadja (2011) Policy Coherence for Development (PCD) in Österreich. Bestandsaufnahme der mangelnden Umsetzung und Präsentation eines einfach anzuwendenden Policy-advocacy Evaluation Tools, VIDC (Hg.), Wien, (siehe www.vidc.org Publikationen)
 2 Parlamentarischer Nord-Süd Dialog (2008): Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung. Ein Leitfadens zu Policy Coherence for Development, Wien, (siehe www.nordsueddialog.org Archiv)
 2 FIAN Österreich (2015) Finanzinstitutionen. Landgrabbing. Menschenrechte. Philipp Salzmann, Wien. www.fian.at/assets/Uploads/FIAN-2015-Finanzinstitutionen.Landgrabbing.Menschenrechte.pdf

INTERNATIONAL OMBUDSMAN INSTITUT (IOI)

Günther Kräuter; Volksanwalt und Generalsekretär des International Ombudsmann Institute

Generalsekretär Günther Kräuter und der frisch gewählte IOI Präsident und Ombudsman von Namibia, John R. Walters, bei der letzten Vorstandssitzung im Oktober 2014 in Wien.

Foto: Natascha Unkart



Die Einrichtung parlamentarischer Verwaltungskontrollorgane ist weltweit etabliert und auch wenn ihre Ausgestaltung sehr unterschiedlich ist, vereint sie doch das Ziel, Bürgerinnen und Bürger vor Missständen in der öffentlichen Verwaltung, Verletzung von Grundrechte, Machtmissbrauch und unfairer Behandlung zu schützen. Ombudsmann Einrichtungen spielen eine essentielle Rolle dabei, die öffentliche Verwaltung zu verbessern und Regierungshandeln transparenter zu machen.

Das International Ombudsman Institute (IOI) wurde 1978 gegründet. Als ständige Institution eingerichtet ist das IOI eine unabhängige und unpolitische Organisation, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, die Entwicklung des Ombudsmann-Konzeptes und die Vernetzung von Ombudsmann Einrichtungen weltweit zu fördern. Das IOI ist damit das einzige, weltweit agierende Kooperationsnetzwerk von derzeit rund 170 nationalen, regionalen und lokalen Ombudsmann Einrichtungen aus über 90 Ländern. Das IOI organisiert sich in die Weltregionen Afrika, Asien, Australasien & Pazifik, Europa, Karibik & Lateinamerika und Nordamerika und hat seit September 2009 seinen Sitz in der Volksanwaltschaft in Wien. Im Oktober 2014 wurde John R. Walters (Ombudsman von Namibia) zum Prä-

sidenten des IOI gewählt. Die Funktion des IOI Generalsekretärs übernimmt laut Statuten stets ein Mitglied der Volksanwaltschaft; seit 2013 bekleidet Volksanwalt Dr. Günther Kräuter dieses Amt.

Im Bestreben Ombudsmann Institutionen in den Regionen zu unterstützen, legt das IOI seinen Fokus auf Trainings und Fortbildungsmaßnahmen, Subventionen zur Unterstützung von regionalen Projekten, Forschung zu Ombudsmann-relevanten Themen und Kooperationsabkommen mit regionalen und internationalen Partnern. Einen großen Erfolg schreibt das IOI mit seinem stets in Erweiterung begriffenen Angebot an Trainings und Fortbildungsmaßnahmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ombudsmann Einrichtungen aus aller Welt regelmäßig und in großer Zahl nutzen. Das IOI arbeitet mit renommierten Anbietern wie der Queen Margaret University (Schottland), der Internationalen Anti-Korruptionsakademie (Österreich), dem Ombudsmann von Ontario (Kanada), dem Ombudsmann von New South Wales (Australien) oder der Association for the Prevention of Torture (APT) zusammen, um eine möglichst facettenreiche Palette an Fortbildungsthemen anbieten zu können. Die Unterstützung finanziell schwächerer Mitglieder in Form von Stipendien steht dabei ebenso im Mittelpunkt wie der Versuch, Mitgliedsinstitutionen aus dem afrikanischen und lateinamerikanischen Raum durch Trainings in französischer und spanischer Sprache besser zu erreichen.

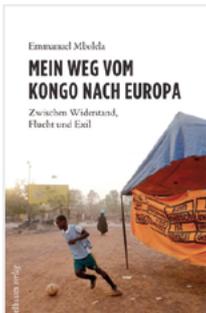
So konnte 2013 in Lusaka (Sambia) erstmals ein Training zur Vermittlung von Spezialkenntnissen für die Durchführung von systemischen Prüfverfahren, das speziell auf die Bedürfnisse afrikanischer Ombudsmann-Einrich-

tungen zugeschnitten wurde, sowohl in englischer als auch in französischer Sprache angeboten werden. Das Training war ein erstes Kooperationsprojekt zwischen dem IOI und der African Ombudsman and Mediator Association (AOMA). Über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 20 Ländern Afrikas profitierten von diesem Angebot, dass laut der Ombudsfrau von Burkina Faso erstmals „die Sprachbarrieren des afrikanischen Kontinents sprengen konnte“.

Im Bestreben, die Kooperation mit gleichgesinnten Organisationen zu vertiefen, konzentriert sich das IOI seit 2013 auf die Unterzeichnung von Kooperationsabkommen mit regionalen und internationalen Partnern. Bisher konnten solche Kooperationsabkommen zwischen dem IOI und der African Ombudsman and Mediator Association, dem IOI und dem Institut Lateinamerikanischer Ombudsmann-Einrichtungen und dem IOI und dem bei der UNO in Genf angesiedelten International Coordinating Committee of NHRIs (ICC) unterzeichnet werden. Ziel dieser Abkommen ist eine verstärkte Zusammenarbeit, die sich auf regionaler Ebene für die einzelnen Mitgliedsinstitutionen vorteilhaft niederschlagen sollte. Ein erstes erfolgreiches Projekt dieser Zusammenarbeit war das bereits erwähnte Lusaka-Training, von dem die Mitglieder beider Organisationen profitierten.

Der IOI Vorstand wird in seiner jährlichen Sitzung, die 2015 in Namibia stattfindet, wieder interessante und vielversprechende Projekte beschließen und so sicherstellen, dass die Arbeit des IOI als Kooperationsnetzwerk von Ombudsmann Einrichtungen weltweit, auch in den kommenden Jahren mit uneingeschränktem Engagement und zum vollen Nutzen seiner Mitglieder fortgesetzt wird.

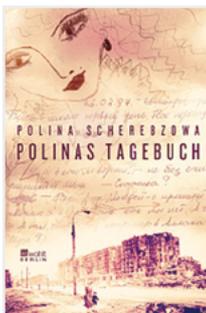
Literatur für den Sommer



Emmanuel Mbolela

Mein Weg vom Kongo nach Europa Zwischen Widerstand, Flucht und Exil.

Ein eindrucksvolles Zeugnis von politischer Gewalt und der fatalen Konsequenzen der EU-Migrationspolitik, aber auch von Widerstand und der Würde der Menschen. Emmanuel Mbolela schreibt in seiner autobiographischen Erzählung über seine politische Aktivität im Kongo und die brutale Repression staatlicher Sicherheitsorgane, die ihn in die Emigration zwingt. Er berichtet auf eindruckliche Weise von der Gewalt und Ausbeutung während der Flucht, dabei kommt er immer wieder auf die besonders dramatische Situation von Mädchen und Frauen zu sprechen. Nach vier Jahren in Marokko kann er in die Niederlande ausreisen, als neue Erfahrung erweisen sich dort die extrem ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, denen vor allem migrantische Arbeitskräfte unterliegen.*



Polina Scherebzowa

Polinas Tagebuch

Neun Jahre alt war Polina Scherebzowa, als in Grosny Krieg ausbrach. In diesem Jahr, 1994, begann sie ihr Tagebuch, das sie zehn Jahre lang und über einen zweiten Konflikt hinaus führte. Es ist eine fesselnde Chronik vom Leben in Zeiten des Krieges, von der Schönheit und Grausamkeit des Daseins. Polina ist Tochter einer Russin und eines Tschetschenen; sie wird von einer russischen Bombe verletzt, in der Schule beschimpft man sie dennoch als «Russenschwein». Zugleich bleibt Polina ein Kind, sucht Salamander, ärgert sich, weil sie das einzige verkleidete Rotkäppchen unter lauter Schneeflocken ist. Sie lernt, mit dem Schrecklichen umzugehen.

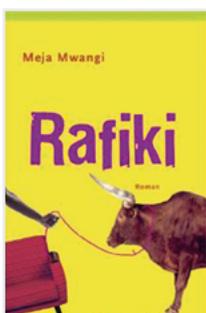
www.rowohlt.de/buch/Polina_Scherebzowa_Polinas_Tagebuch.3170070.html



Charlotte Wiedemann

Vom Versuch, nicht weiß zu schreiben. Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt

Dies ist ein persönliches Buch, der Werkstatt-Bericht einer langjährigen Journalistin, die an ihren Erfahrungen, ihren Irrtümern, ihren Zweifeln teilhaben lässt. Charlotte Wiedemann nimmt ihre Leser_innen mit auf eine anspruchsvolle Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Neuguinea, und sie lässt dabei hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was können Journalist_innen überhaupt begreifen von der „Fremde“, vom „Anderen“? Und wie wahrhaftig ist ihr Bild von der Wirklichkeit? Der Versuch, nicht weiß zu schreiben: Das ist die Suche nach einem Blick auf die Welt, der sich von der Enge des Eurozentrismus befreit. Ein Plädoyer für einen Journalismus des Respekts.*



Meja Mwangi

Rafiki

Rafiki, den Mann mit der Gitarre, kennt jeder in Nanyuki. Immer freundlich, immer fröhlich und immer knapp bei Kasse. Er wäre ein glücklicher Mann, hätte seine Frau Sweettea ihm nicht gedroht, ihn zu verlassen, wenn er nicht endlich das Geld für das Studium seiner Tochter verdient. Rafiki, der gut ohne Geld, aber keinesfalls ohne Sweettea leben kann, muss schnell handeln und beschließt einen bewaffneten Überfall auf das Geschäft der Brüder Patel. Doch deren Kasse ist ebenfalls leer, weil ihre Kund_innen die Schulden nicht bezahlen. Rafiki, berührt von der Lage der bankrotten Inder, fasst einen Entschluss: Er wird das Geld persönlich eintreiben oder die Waren zurückholen. Für die Patel-Brüder, für Sweettea, für die Moral der ganzen Stadt!*

*Aus: Südwind Buchwelt (www.suedwind-buchwelt.at)

ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

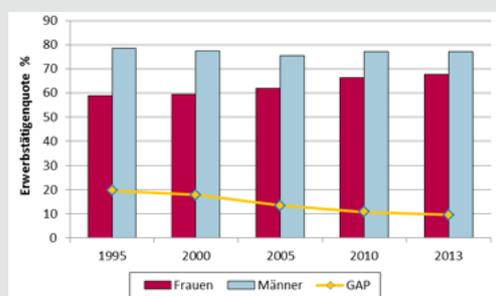
FRAUENRECHTE UND GLEICHSTELLUNG – 20 JAHRE PEKING

Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking im Jahr 1995 gilt als Meilenstein für die Stärkung der Frauenrechte. In der Erklärung und der Aktionsplattform, die zum Abschluss der vierten Weltfrauenkonferenz verabschiedet wurden, sind die strategischen Ziele definiert, die zur Förderung der Rechte von Frauen und zur Gleichstellung der Geschlechter realisiert werden müssen. Die Aktionsplattform bildet eine zentrale Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und das Empowerment von Frauen. Die Gleichstellung von Frau und Mann wird als Menschenrecht verstanden und als Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und Frieden. Anlässlich des 20jährigen Jubiläums fand am 9. und 10. Juni 2015 die Konferenz „Frauenrechte und Gleichstellung: Erfahrungen teilen > Neues denken > Zukunft gestalten“ in Wien statt. Es bestehen jedoch auch nach Jahrzehnten des Bemühens um Geschlechtergleichstellung noch zahlreiche Ungleichgewichte in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Erwerbstätigkeit in Österreich

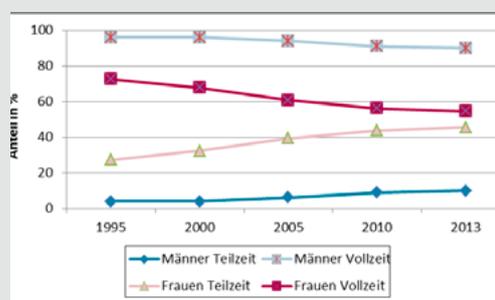
Die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 64 Jahren nach dem Internationalen Labour Force (ILO) Konzept betrug 2013 insgesamt 4.313.800, davon 2.023.200 Frauen und 2.290.700 Männer. Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen ist innerhalb der letzten 16 Jahre stärker gestiegen.

Erwerbstätigenquoten im Alter von 15 bis 64 Jahren nach internationaler Definition (Labour Force-Konzept)



Grafik 1: Die Erwerbstätigenquote im Alter von 15 bis 64 Jahren betrug 2013 insgesamt 72%, die der Frauen 68% und die der Männer 77%. Seit 1995 ist die Erwerbstätigenquote der Männer leicht gesunken (1995: 79%), während die der Frauen gestiegen ist (1995: 59%). Im Zuge dessen ist auch der Gender Gap von 20% auf 10% gesunken.

Voll-/Teilzeitquote

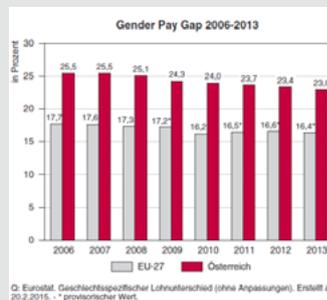
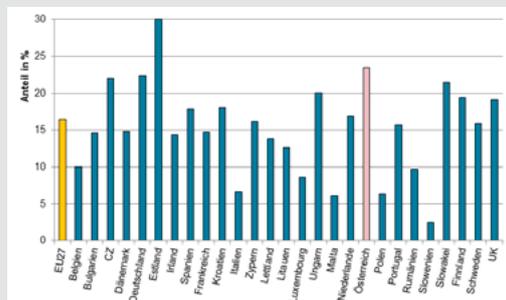


Grafik 2: Der starke Anstieg der in Teilzeit arbeitenden Frauen ließ die Teilzeitquote von 27% im Jahr 1995 auf 46% im Jahr 2013 steigen. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Teilzeitquote der Männer ebenfalls von 4% auf 10%. Allerdings waren 2013 80% der insgesamt teilzeiterwerbstätigen Personen Frauen.

Gender Pay Gap

Im EU-Vergleich wird der Lohnunterschied einheitlich für alle Mitgliedstaaten anhand der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der unselbständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft berechnet. Vergleicht man die auf Bruttostundenverdienste standardisierten Löhne und Gehälter, dann hat sich laut Eurostat der Gender Pay Gap von 25,5% 2006 auf 23,0% 2013 verringert. Im EU-Durchschnitt betrug der geschlechtsspezifische Lohnunterschied 2013 16,4% (2006 17,7%). Österreich liegt damit im europäischen Vergleich an vorletzter Stelle.

Geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsunterschiede im EU-Vergleich 2012



Quelle: www.statistik.at/wcm/idc/groups/b/documents/webobj/mdaw/mdqz/-edisp/043942.gif

Quelle: Frauen und Männer in Österreich: Gender Index 2014, Geschlechterspezifische Statistiken, Wien, Dezember 2014, BM für Bildung und Frauen.